



Wahlprogramm der BüSo-Kanzlerkandidatin  
**Helga Zepp-LaRouche**

# Zurück zu D-Mark und Vollbeschäftigung!

- ❑ Wirtschaftswachstum ist machbar
- ❑ So schafft man 10 Mio. produktive Jobs
- ❑ Statt Globalisierung eine neue gerechte Weltwirtschaftsordnung

# BüSo

*Bürgerrechtsbewegung  
Solidarität*



in den Bundestag

# Zurück zur D-Mark für eine zielgerechte Wachstumspolitik!

VON HELGA ZEPP-LAROCHE, KANZLERKANDIDATIN DER BÜRGERRECHTSBEWEGUNG SOLIDARITÄT

## Liebe Wähler!

Deutschland befindet sich in einer existentiellen Krise. Wir haben nicht fünf, sondern in Wirklichkeit eher neun Millionen Arbeitslose, und den Langzeitarbeitslosen und ihren Familien droht der Absturz in die Armut. Im Osten Deutschlands gibt es immer weniger Arbeitsplätze und demzufolge kaum noch junge Leute. Aber auch im Westen kämpfen viele mittelständische Betriebe gegen wettbewerbsverzerrende Bedingungen, von Basel II bis zur Billigproduktion in den neuen EU-Mitgliedstaaten. Die Binnenwirtschaft kollabiert immer mehr. Die Menschen haben das Gefühl, daß es niemanden gibt, der sich um sie kümmert. Das politische Establishment und die Manager der Wirtschaft haben das Vertrauen der Bevölkerung so gut wie vollkommen verspielt, weil sie nachhaltig den Eindruck erwecken, daß es ihnen nur um den eigenen Vorteil, aber nicht um das Gemeinwohl geht.

Es muß sich etwas Grundsätzliches in Deutschland ändern. Wir brauchen eine völlig andere Politik, die sich ausschließlich am Gemeinwohl orientiert, die den Menschen und nicht das Geld in den Mittelpunkt der Politik stellt. Deshalb bitte ich Sie, meine Kanzlerkandidatur und den Wahlkampf der BüSo aktiv zu unterstützen.

Solange Deutschland im System des Maastrichter Vertrages, des Stabilitätspakts und des Euro bleibt, gibt es keine Rettung, sondern nur eine massive Verschärfung der Krise bis hin zum Chaos. Denn diese Verträge berauben uns der Möglichkeit, wirksame Maßnahmen zur Überwindung der Krise zu ergreifen, weil wir damit die Rechtshoheit für den Bereich der Wirtschaft und Finanzen an die EU-Kommission und die Europäische Zentralbank abgegeben haben. Diese Verträge verbieten genau die Schritte, die die Überwindung der Krise ermöglichen.

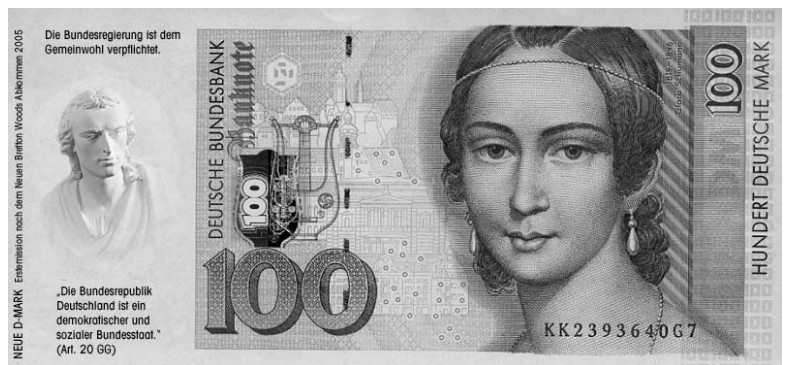
Deshalb muß Deutschland – und das ist das Programm, für das ich stehe – sofort einseitig den Maastrichter Vertrag und die Europäische Währungsunion aufkündigen und zur D-Mark als nationaler Währung zurückkehren, um eine wohldefinierte Wachstumspolitik verwirklichen zu können. Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 muß aktiviert werden, um den „Zustand des gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichts“, der angesichts der Arbeitslosenzahl von rund neun Millionen zweifellos gegeben ist, durch ein staatliches Investitionsprogramm für produktive Vollbeschäftigung zu überwinden. Der Euro soll in Zukunft lediglich als Verrechnungseinheit genutzt werden – wie der ECU im Europäischen Währungssystem vor 1992.

Völkerrechtlich ist ein solcher Austritt aus den Verträgen von Maastricht und Amsterdam gerechtfertigt, weil die Geschäftsgrundlage, daß sie dem Nutzen Deutschlands dienen müssen, nicht gegeben ist. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall: Die Verträge ruinieren Deutschland.

Eine solche souveräne Rückkehr zur Währungshoheit der D-Mark muß Teil eines ganzen Maßnahmenpakets sein, die ich im folgenden erläutern werde.

## Die globale Systemkrise überwinden durch ein „Neues Bretton Woods“!

Der wichtigste Punkt, der von keiner der im Bundestag vertretenen Parteien – und auch nicht von der sogenannten neuen Linkspartei – angesprochen wird, ist die Tatsache,



Dieses Flugblatt können Sie bestellen, Seite 14.

daß das mit der Globalisierung verbundene System der freien Marktwirtschaft hoffnungslos bankrott ist und sich in der Endphase seines systemischen Kollapses befindet. Der Niedergang des amerikanischen Automobilsektors, die dadurch ausgelösten Hedgefonds-Verluste und der unmittelbar bevorstehende Einbruch der globalen Immobilienmärkte sind nur einige der dramatischsten Aspekte dieser Systemkrise, die sich sehr bald in einem Superkrach entladen kann. Dies wird die Frage auf die Tagesordnung bringen, welches Instrumentarium die Regierung zur Verfügung hat, um die Interessen der Bevölkerung und des Gemeinwohls zu verteidigen. „Die Bevölkerung zuerst, und dann erst die Banken!“ So, und nicht umgekehrt, muß die Devise lauten.

Eine Lösung für die globale Wirtschafts- und Finanzkrise kann es natürlich nur geben, wenn – möglichst unter der Mitwirkung einer überparteilichen Allianz im amerikanischen Kongreß – eine internationale Reorganisation des Weltfinanzsystems durchgeführt wird. In beiden amerikanischen Kongreßkammern, im Repräsentantenhaus und Senat, findet vor allem bei den Demokraten derzeit eine intensive Debatte darüber statt, daß man zu Franklin D.



**Helga Zepp-LaRouche**

Roosevelt, zum New Deal und zum Währungssystem von Bretton Woods zurückzukehren müsse. Eine Gruppe moderater Republikaner sieht durchaus die existentielle Notwendigkeit, die amerikanischen Industriekapazitäten nicht nur des Automobilssektors durch eine solche Politik zu verteidigen. Die fortlaufenden Untersuchungen über die Lügen, die vor dem Irakkrieg systematisch verbreitet wurden, um den Kongreß zur Zustimmung zu diesem Krieg zu übertölpeln, haben längst Watergate-Wolken über Washington aufziehen lassen. Das könnte eine baldige Verbesserung in der amerikanischen Politik bewirken.

In jedem Fall wird es sehr bald – möglicherweise sogar noch vor dem geplanten Wahltermin am 18. September, auf keinen Fall aber sehr lange danach – zu einer so zugespitzten Krise des Weltfinanzsystems kommen, daß umgehend eine Notkonferenz einberufen werden muß. Dann müssen führende Nationen der Welt – hoffentlich ausgehend von einer positiven Initiative der USA – ein Neues Bretton Woods-System beschließen, das sich an den besten Aspekten des Bretton Woods-Systems von 1944 orientiert, aber darüber hinaus bei der Festlegung des Wertes der Währungen wissenschaftliche Kriterien der physischen Ökonomie zugrundelegt.

Die vollkommen aus dem Ruder gelaufene Derivatspekulation, über die gegenwärtig weder eine Regierung noch eine Zentralbank irgendeinen Überblick oder irgendeine Kontrolle hat, muß im wesentlichen durch Abkommen zwischen den Regierungen abgeschafft werden. Sie nur durch eine Tobin-Steuer oder ähnliches zu besteuern, würde das Problem der Finanzblasenwirtschaft nur fortsetzen. Es muß eine weitgehende Reorganisation der Schulden erfolgen, von denen der größte Teil ohnehin niemals bezahlt werden kann. Dabei müssen kurzfristige Schulden mit hohen Zinsraten in langfristige Kredite mit niedrigen Zinsen verwandelt und einige Kategorien illegitimer Schulden ganz gestrichen werden. Es müssen sofort wieder feste

Wechselkurse beschlossen werden, da Spekulation gegen Währungen keinerlei Berechtigung hat und kriminellerweise Volksvermögen zerstört. Langfristige Investitionen auf internationaler Ebene z.B. in Infrastruktur sind ohne feste Wechselkurse nicht möglich.

Das Recht auf Kreditschöpfung, das sich jetzt in der Hand von Privatinteressen befindet, muß unter die souveräne Kontrolle der Regierungen und Parlamente gebracht werden, weil es nur so eine Rechenschaftspflicht geben kann. Da die Europäische Zentralbank nur eine Tochter der nationalen Zentralbanken ist, und diese ja noch fortbestehen, ist eine Rückführung der Währungshoheit unter die Kontrolle der souveränen Regierungen kein Problem. Die Nationalbanken müssen dann neue Kreditlinien ausgeben, um zielgerichtete Investitionen in Bereiche des Gemeinwohls zu ermöglichen, mit denen ein realer Kapitalwert geschaffen wird, und die deshalb nicht inflationär wirken. Für binnenwirtschaftliche Investitionen kann dabei auch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) nach dem Vorbild des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg genutzt werden.

In einer ersten Annäherung müssen dabei jährlich in Deutschland zunächst rund 400 Milliarden D-Mark an produktiven Krediten zur Verfügung gestellt werden, um so schnell wie möglich zu einer produktiven Vollbeschäftigung zu gelangen. In den anderen Nationen sollten an deren Bedingungen angepaßte Kredite für ebenfalls wohldefinierte Projekte bereitgestellt werden. Dabei müssen in den USA schätzungsweise jährlich 1000 Milliarden Dollar für produktive Investitionen durch die Nationalbank und in Europa vergleichbare Kredite im Gegenwert von rund 1000 Milliarden Euro ausgegeben werden. Es handelt sich hier um grundsätzlich die gleiche Politik, die Franklin D. Roosevelt mit dem New Deal verwirklichte, mit dem er Amerika aus der tiefen Depression der dreißiger Jahre herausführte und in die führende Industrienation der Welt verwandelte.

### **Wie kam es überhaupt zur Europäischen Währungsunion?**

Auch wenn sich einige Regierungsvertreter weigern, dies zur Kenntnis zu nehmen: Eigentlich ist mit dem Nein der Franzosen und Niederländer beim Referendum zum Europäischen Verfassungsvertrag auch der Europäischen Währungsunion der Boden entzogen. Trotzdem halten sie noch am Ratifizierungsprozeß fest. Die vor der politischen Union Europas vollzogene Währungsunion hat sich als genauso problematisch erwiesen, wie es Ende 1989 auch Helmut Kohl eingeschätzt hatte. Jetzt drängen die zehn neuen osteuropäischen EU-Mitglieder darauf, auch Mitglied der Eurozone zu werden, was die Verzerrung der Rahmenbedingungen der Mitgliedsländer für die sogenannten Hochlohnländer noch unerträglicher machen würde. Selbst das EU-Establishment realisiert dieser Tage, daß die übereilte Europäische Währungsunion eine Sackgasse war, und die Aufnahme von zehn weiteren Mitgliedern in die Eurozone die Streitigkeiten nur noch viel schlimmer machen würde.

Erinnern wir uns kurz, wie es überhaupt zum Euro gekommen war. Nach dem Fall der Mauer 1989 war die Regierung Kohl nach eigenen Aussagen von der Perspektive der

unmittelbaren Wiedervereinigung überrascht, weil sie kein brauchbares Konzept für diese Eventualität vorbereitet hatte. In seinem Zehn-Punkte-Programm schlug Kohl am 28. November in einer Rede im Bundestag eine Konföderation – noch keine Wiedervereinigung – zwischen den beiden deutschen Staaten vor. Aber die Reaktion der meisten Verbündeten war offene bis versteckte Ablehnung. Margaret Thatcher versuchte, sogar eine solche Lösung – vor allen Dingen aber eine Wiedervereinigung Deutschlands – mit allen Mitteln zu verhindern und lancierte die „Viertes-Reich-Kampagne“. D.h. sie erhob den absurden Vorwurf, Deutschland strebe erneut die Vorherrschaft über Europa an.

Mitterrand knüpfte ultimativ die Zustimmung Frankreichs zur Konföderation – also ebenfalls noch nicht einmal zur Wiedervereinigung – an die Zustimmung Kohls zur vorgezogenen Europäischen Währungsunion und zur Aufgabe der harten D-Mark. Bush sen. war ursprünglich auch nicht für eine Konföderation oder die Wiedervereinigung, wurde dann aber von seinen Beratern überzeugt, daß die USA jeglichen Einfluß in Europa verlören, wenn sie eine offene Politik gegen die Wiedervereinigung verfolgten. Und so unterstützte die Regierung Bush sen. eine Politik der „Eindämmung Deutschlands durch Selbsteindämmung“, d.h. eine Politik, mit der Deutschland seine Souveränität an supranationale europäische Institutionen abgab, wie es im Maastrichter und Amsterdamer Vertrag festgelegt wurde. Mitterrand insistierte, daß Kohl der Währungsunion schon beim Straßburger Gipfel des Europäischen Rates am 8.-9. Dezember 1989 zustimmte, also schon einen Monat nach dem Fall der Mauer. Kohls Bedenken, welche Auswirkungen die Europäische Währungsunion auf die Stabilität der Wirtschaft haben werde, qualifizierte Mitterrand als „Allgemeinplätze“ ab. Unter dem Druck der Umstände – er sprach später davon, er habe in Straßburg „mit die dunkelsten Stunden“ seines Lebens durchgemacht – stimmte Kohl der Währungsunion zum von Mitterrand gewünschten Datum zu.

Ich selber schlug bereits im November 1989 in einem Flugblatt mit dem Titel „Weiter so, geliebtes Deutschland“ ein ganz anderes Programm vor, das dann im Januar 1990 als Programm des „Produktiven Dreiecks Paris-Berlin-Wien“, als Wirtschaftsaufbauprogramm für die späteren neuen Bundesländer und Osteuropa auf dem Tisch lag. Wäre dieses Programm verwirklicht worden, hätte das wiedervereinigte Deutschland als Kernstück der zusammenhängenden Wirtschaftsregion Paris-Berlin-Wien zum Motor einer wirklichen Entwicklung des Ostens werden können. Die Ermordung Alfred Herrhausens, der für die Entwicklung Polens ein ganz ähnliches Konzept vorlegte, und die Ermordung Detlev Rohwedders zwei Jahre später sollten stattdessen die Weichen für den wirtschaftlichen Kahl-schlag des Ostens stellen.

### **Warum funktioniert Europa so nicht?**

Durch die Verträge von Maastricht (Währungsunion) und Amsterdam (Stabilitätspakt) hat Deutschland verfassungs-

mäßig garantierte Bürgerrechte und die Souveränität über die eigene Wirtschafts- und Finanzpolitik abgegeben. Und solange Deutschland in diese Verträge eingebunden ist, kann die Regierung absolut nichts tun, um die sozialen Auswirkungen der Globalisierung, aber auch des Euro zu beheben. Ja, es gibt einen direkten Zusammenhang zwischen dem Euro, den gestiegenen Preisen, der Arbeitslosigkeit und der Krise des Sozialsystems. Vor der Einführung des Euro strömte ausländisches Investivkapital nach Deutschland, obwohl es ein Land mit hohen Löhnen, hohen Sozialabgaben und hohen Steuern war. Die Gründe dafür waren die stabile harte D-Mark und die hohe Standortattraktivität aufgrund der hohen Produktivität von Produktionsanlagen und Arbeitskräften. Deshalb war Deutschland attraktiver als Länder mit niedrigeren Kosten, aber höherem Währungsrisiko, schlechter ausgebildeten Arbeitskräften und gering entwickelter Infrastruktur.

Nach der Einführung des Euro verarmte Deutschland ebenso wie andere europäische Hochlohnländer, weil vor allem das Großkapital in sogenannte Billigproduktionsländer abwanderte, die im übrigen deshalb billig sind, weil die Bevölkerung dort arm ist, geringe Löhne erhält und die Sozialversorgung niedrig ist. Unter diesen Bedingungen werden die hohen Lohn- und Sozialkosten in Deutschland jetzt zum Nachteil. Selbst mittelständische Unternehmen sehen sich zur Verlagerung der Produktion in diese Länder genötigt und müssen hochqualifizierte Arbeitskräfte bei

uns entlassen. Gleichzeitig bewirken Arbeitskräfte, die aus den Billigproduktionsländern dahin strömen, wo es – bis jetzt noch – höhere Löhne gibt, ein Lohndumping in den Hochlohnländern, das die Tarifverträge untergräbt.

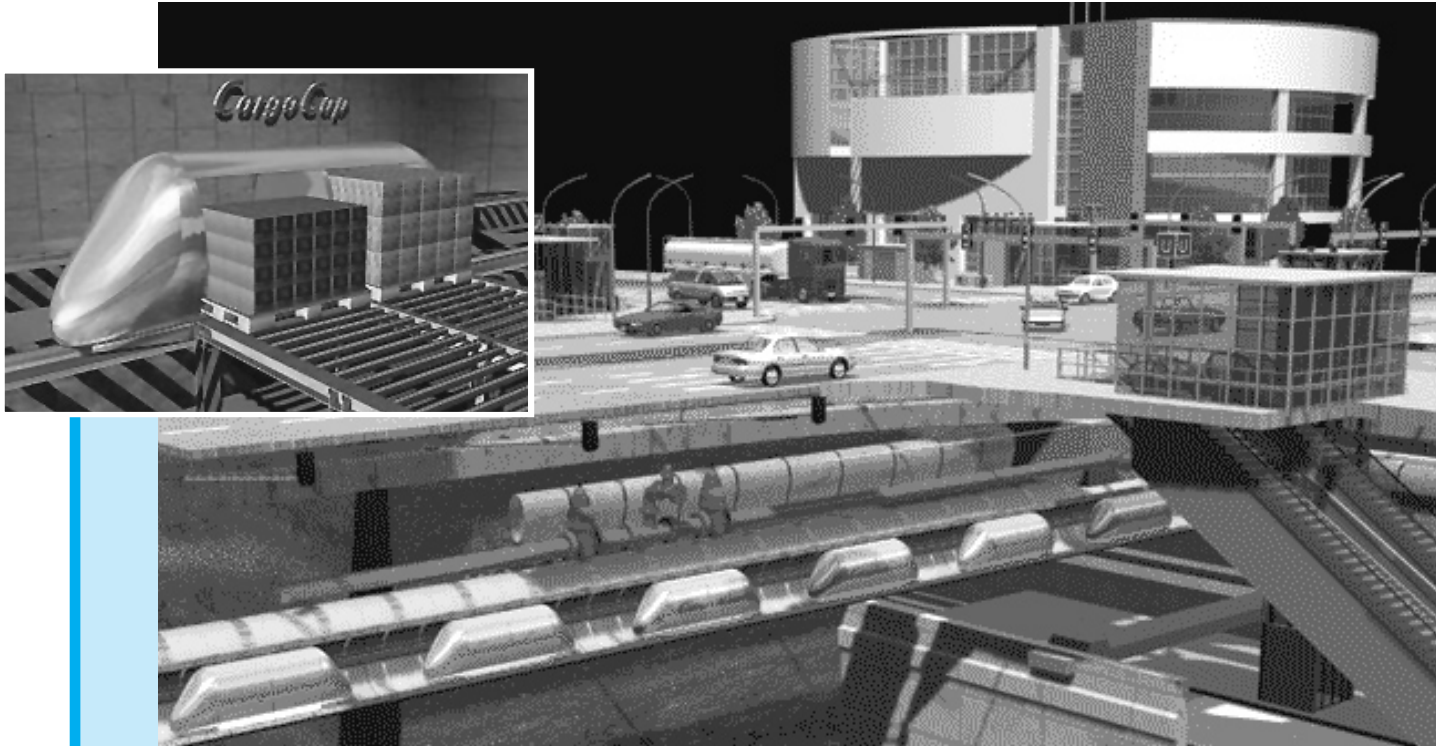
Die vermeintlichen Vorteile, welche die bisher ärmeren Län-

der, wie z.B. Griechenland, Irland oder Spanien, durch den Euro erreicht haben, stellen sich zum großen Teil als inflationäre Finanzblasen – siehe u.a. der Immobiliensektor in Spanien – heraus, ein Prozeß, der durch die einheitliche Zinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) noch verstärkt wird. Inflation in den Nachholländern und Deflation in den Hochlohnländern ist die Folge – einmal ganz davon abgesehen, daß ganz Europa nicht funktionieren kann, wenn die deutsche Wirtschaft in die Depression abstürzt.

In Deutschland sei viel zu wenig über die Konsequenzen der Europäischen Währungsunion für die deutsche Wirtschaft diskutiert worden, schrieb der schwedische neoliberale Ökonom Lars Calmfors vor einem Jahr in der deutschen Ausgabe der *Financial Times*. Seine Schlußfolgerung aus diesem unbestreitbaren Tatbestand war allerdings nicht, daß die deutsche Wirtschaft ein System abschaffen muß, das sie ruiniert, sondern daß die deutsche Wirtschaft sich diesem System noch stärker unterwerfen solle. Konkret schlug er eine sogenannte „interne Abwertung“ vor, also eine Absenkung der Reallöhne durch Erhöhung der Mehrwertsteuer und Verlagerung der Sozialabgaben auf die Lohnempfänger. Klingt das nicht genau wie das neue Wahlprogramm von Frau Merkel?

Das sogenannte „skandinavische Modell“, das jetzt u.a.

Die Zeitung für eine  
neue, gerechte Weltwirtschaftsordnung  
*Neue Solidarität*  
Jede Woche seit 1974 –  
[www.solidaritaet.com](http://www.solidaritaet.com)



## Arbeit schaffen mit neuen Technologien!

Was den Fernverkehr anbelangt, schlägt die BüSo seit langen vor, für Hochgeschwindigkeitsstrecken z.B. auf der Route Berlin-Warschau-Moskau usw. die deutsche *Magnetschwebebahn Transrapid* einzusetzen. Mit Tempo 500 km/h böte die Magnetbahn im Entfernungsbereich bis 1500 km eine angenehme Alternative zum Flugzeug.

Für den Gütertransport im Rhein-Ruhr-Ballungsraum bietet sich zur Entlastung der stets verstopften Autobahnen das an der Uni Bochum entwickelte *CargoCap-System* an. Der Stückguttransport auf Europaletten wird in ein Fahrrohrleitungsnetz unter die Erde verlegt, in dem computergesteuerte Kabinen 24 Stunden täglich viele Stationen anfahren. In ein Cap passen zwei Europaletten. Firmen, die heute täglich mit LKWs beliefert werden, könnten einen eigenen Anschluß bekommen. Die Fahrrohre mit 160 cm Durchmesser werden im bewährten Rohrvortriebsverfahren verlegt, ohne daß dafür die Erde aufgerissen werden muß.

Eine neue Verkehrsoption für das ganze Land wäre die *Neue Bahntechnik Paderborn*. Das an der Uni Paderborn entwickelte Konzept verbindet die Vorteile der Transrapid-Leittechnik mit der Nutzung herkömmlicher Gleistrassen. Das einzelne Rail Cab für Güter oder Personen läßt sich ganz unabhängig von Fahrplänen steuern, da der Antrieb wie beim Transrapid in den Schienen liegt. Nah- und Fernverkehr sind nicht mehr getrennt, die Rail Cabs fahren mit 200 km/h ohne Umsteigen zum individuell bestimmten Zielort. Sie nutzen die vorhandenen Gleise, die jedoch wie beim Transrapid mit einem Linearantrieb ausgestattet sind.

von der CDU/CSU vorgeschlagen wird, ist nichts anderes als die Verabreichung von Essigessenz mit ein wenig Süßstoff, damit die Opfer das Saure nicht so merken. Von wirtschaftlichem Verstand zeugt dieser Vorschlag nicht. Das Problem der deutschen Wirtschaft ist nicht mangelnde Konkurrenzfähigkeit, wie die Wachstumsraten beim Export zeigen. Aber die Binnenwirtschaft kollabiert, was bei drastischer Senkung der Kaufkraft durch Reallohnsenkung noch viel schlimmer würde.

### Feudalismus oder Gemeinwohl?

Es gibt derzeit in Deutschland einen ganzen Chor von Forderungen, die Rolle des Staates zu beschneiden oder abzuschaffen. Das reicht von der „Föderalismusreform“, wie die CDU/CSU sie fordert, über die allgemeine „Verschlangung“ des Staates bis hin zur weitreichenden Privatisie-

rung, wie die Liberalen sie wollen. Und dann gibt es noch die Radikalangriffe auf den Sozialstaat und das Grundgesetz von Konservativrevolutionären wie Meinhard Miegel, Arnulf Baring oder Hans Tietmeyer, die alle nur Varianten derselben Politik propagieren. Wenn man von den Etiketten einmal absieht und den Inhalt der Packung betrachtet, dann verbirgt sich hinter den exzessiven Forderungen nach Privatisierung und Reduzierung der Rolle des Staates in Wirklichkeit die Forderung einer Rückkehr zum Feudalismus, bei dem auch alles „privatisiert“ war.

Bis zur Herausbildung des modernen souveränen Nationalstaates im 15. Jahrhundert lagen alle Privilegien bei „privaten“ Interessen der Adelschicht, deren Herrschaftsanspruch gerade darauf basierte, daß die Masse der Bevölkerung in relativer Unfreiheit, Armut und Rückständigkeit gehalten wurde. Dieses oligarchische System gründete sich darauf, daß nur der Adel angeblich gottgegebene Rechte

hatte, während die Masse der Bevölkerung keinen größeren Wert besaß als menschliches Vieh, dessen Anzahl zur Not auch reduziert werden konnte, wenn es den Herrschenden so gefiel. Erst mit der italienischen Renaissance, den Schriften von Nikolaus von Kues und der Regierung Ludwigs XI. in Frankreich setzte sich die Vorstellung durch, daß eine Regierung nur dann legitim ist, wenn sie dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Diese Orientierung am Gemeinwohl drückte sich dadurch aus, daß die Regierung durch die Förderung des wissenschaftlichen und technologischen Fortschritts und eine bessere Bildung der Bevölkerung den Lebensstandard an hob. Gleichzeitig begann sich auch das repräsentative republikanische System durchzusetzen, das dem Einzelnen zum ersten Mal die Teilnahme an der Regierung ermöglichte. Die Regierung und die gewählten Volksvertreter waren nunmehr den Bürgern Rechenschaft schuldig.

Mit der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, die die unveräußerlichen Menschenrechte aller Menschen zum ersten Mal im Kontext des Kampfes um eine Verfassung proklamierte, und der amerikanischen Verfassung selbst, errang dieses Prinzip den ersten wirklichen Durchbruch. Die Unabhängigkeitserklärung und die Präambel der amerikanischen Verfassung begründen ganz eindeutig, daß eine Regierung nur dann Legitimität besitzt, wenn sie dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Es ist dort zudem sehr klar niedergelegt, daß die Bevölkerung das Recht auf Widerstand hat, wenn eine Regierung oder andere Kräfte versuchen, das Gemeinwohl auszuhebeln.

Mit der amerikanischen Verfassung wurde auch das souveräne Recht der Regierung auf die Währungshoheit und die Kontrolle über die Kreditschöpfung erkämpft, die der erste amerikanische Finanzminister, Alexander Hamilton dann in der Form einer Nationalbank umsetzte. Damit waren eine Wirtschafts- und Kreditpolitik möglich, die sich am Konzept der physischen Ökonomie orientierte, wie sie von Gottfried Wilhelm Leibniz zum ersten Mal definiert wurde. Der deutsche Ökonom Friedrich List, der Mitbegründer des Zollvereins, lebte mehrere Jahre in Amerika und gab diesem am Gemeinwohl orientierten System den Namen „Amerikanisches System“, das er vom „Englischen System“ des Freihandels grundsätzlich unterschied.

Es ist diese auf die Renaissance, auf Leibniz und die amerikanische Revolution zurückgehende Tradition, die den Menschen und das Gemeinwohl in den Mittelpunkt der Politik und des Staatswesens stellt, die zum Glück auch in unserem deutschen Grundgesetz, und vor allem im Artikel 20, ausgedrückt ist. Im Artikel 20, Absatz 1 heißt es:

„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“ Und Absatz 4 lautet: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“ Um diesen Sozialstaat, so wie er sich in Deutschland seit den Sozialgesetzen Bismarcks entwickelt hat, geht es. Ihn müssen wir gegen alle die verteidigen, die ihn abschaffen und stattdessen zum Feudalismus zurückkehren wollen – egal wie sie heißen. Dazu haben wir das verfassungsmäßige Recht auf Widerstand!

### **Produktive Vollbeschäftigung ist möglich!**

Wer behauptet, daß es in Deutschland nie wieder Vollbeschäftigung auf einem hohen Produktivitätsniveau geben wird, hat einfach von Wirtschaft keine Ahnung und sollte sich aus der Politik zurückziehen. Wie konnte Deutschland überhaupt seinen hohen Lebensstandard erreichen? Wir verfügen ebenso wie Japan über so gut wie keine eigenen Rohstoffe, haben aber trotzdem eine Spitzenposition unter den Industrienationen der Welt erreicht. Wieso? Dafür waren im wesentlichen zwei Faktoren verantwortlich. Seit den Bismarckschen Industrie- und Sozialreformen war es das Kennzeichen der deutschen Wirtschaft, daß eine sehr hohe Rate wissenschaftlichen und technologischen Fortschritts die wirtschaftliche Produktivität immer auf das höchste Niveau brachte. In dieser hohen Qualität lag auch der Grund für den Exporterfolg, für unsere hohe Exportrate von bis zu 40 Prozent. Und solange die Betonung auf diesen beiden Faktoren lag, funktionierte unsere Wirtschaft, und wir konnten uns einen hohen Lebensstandard leisten. Dazu gehörte eines der besten Gesundheitssysteme der Welt, eines der besten an Wilhelm von Humboldt orientierten Bildungssysteme, ein funktionierendes Rentenwesen und Sozialversorgung usw.

Wenn wir diesen hervorragenden Sozialstaat wieder bezahlen können wollen, müssen wir – neben der schon erwähnten Korrektur der wettbewerbsverzerrenden Bedingungen der Europäischen Währungsunion – wieder Exzellenz bei der Ausbildung erreichen, damit das kreative Potential vor allem der Jugendlichen auf die bestmögliche Weise gefördert wird. Wir müssen außerdem die Technologiefreundlichkeit aufgeben, die mit dem Wertewandel seit der 68er Revolution und der Drogen-, Rock-, Sex-Gegenkultur um sich gegriffen hat, zum Studium der großen wissenschaftlichen Entdeckungen zurückkehren und der Grundlagenforschung eine zentrale Rolle in der Wirtschaft geben. Der deutsche Maschinenbausektor, in den ja laufend alle wissenschaftlichen und technologischen Entdeckungen einfließen, gehört nach wie vor zu einem der hervorragendsten Potentiale der Weltwirtschaft. Wenn wir vor allem den Mittelstand durch entsprechende Gesetze und eine vorteilhafte Steuer- und Kreditpolitik darin unterstützen, wieder Weltspitzenqualität zu produzieren, sind hohe Exportraten auch auf Dauer gewiß.

Anzeige



**Deutschlands Neocons**  
**Wer führt den neoliberalen Großangriff auf den sozialen Bundesstaat?**

- Hans Tietmeyers „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“
- Hjalmar Schacht und die BIZ
- Glotz' Zukunftsgesellschaft und das Recht des Stärkeren
- Wozu die Synarchisten die NPD und DVU brauchen
- Die Bertelsmann-Stiftung: Motor hinter der Agenda 2010 und Hartz IV

**Taschenbuch, 176 Seiten, Euro 12,80**

**Dr. Böttiger Verlag, s-GmbH**  
**Postfach 1611**  
**65006 Wiesbaden**  
**Fax 0611-7786118**  
**verlag@solidaritaet.com**

## Die Eurasische Landbrücke

Die natürlichen Exportmärkte für Deutschland sind heute die expandierenden Märkte der bevölkerungsreichen Regionen Asiens: China, Indien, Rußland und Südostasien. Nach dem Wegfall des Eisernen Vorhangs ist es offensichtlich, da wieder anzuknüpfen, wo die Ereignisse des 20. Jahrhunderts (Erster Weltkrieg, Versailler Vertrag, Zweiter Weltkrieg, Jalta-Abkommen) die Entwicklung der wirtschaftlichen Integration Eurasiens unterbrochen haben. Der Bau der Transibirischen Eisenbahn und der Bau der Eisenbahn von Berlin nach Bagdad waren damals der Beginn der infrastrukturellen Erschließung Eurasiens.

Heute ist das Programm der Eurasischen Landbrücke, für das ich mich seit der Desintegration der Sowjetunion 1991 als eine der Hauptarchitektinnen einsetze, die naheliegende Vision für das 21. Jahrhundert. Wir müssen auf Regierungsebene ein gesamteurasisches Verkehrswegenetz beschließen, das ganz Eurasien durch sogenannte Entwicklungskorridore auf 25 bis 50 Jahre – also zwei Generationen – entwickelt. Dabei sollen Europa und Asien durch ein integriertes System von Magnetschwebbahnen, Schnellbahnsystemen, Autobahnen, Wasserwegen und computerisierten Bahnhöfen miteinander verbunden werden. Entlang dieser Verkehrslinien werden sogenannte Entwicklungskorridore von je rund hundert Kilometer Breite gebaut, in denen Energieproduktion und -verteilung sowie Kommunikationssysteme angesiedelt werden, und damit ideale Standortbedingungen für die Neuansiedlung von Industrie und Landwirtschaft geschaffen. Damit erhalten die landeingeschlossenen Regionen Eurasiens die gleichen Vorteile, wie sie bisher nur Gebiete haben, die an Ozeanen oder Flüssen liegen.

Wir müssen uns dabei natürlich von der geldgierigen Mentalität der *Shareholder Value*-Gesellschaft verabschieden. Es geht vielmehr darum, die Produktivität und den Lebensstandard der Bevölkerung Eurasiens über ein oder zwei Generationen zu entwickeln. Es ist aber in unserem ureigensten Interesse als Exportnation, daß wir den asiatischen Nationen dabei helfen, die armen und unentwickelten Teile ihrer Bevölkerung auf einen menschenwürdigen Entwicklungsstand zu bringen. So leben in China z.B. immer noch über 70 Prozent der Menschen in den westlichen und inneren Regionen des Landes in Armut. Eine ähnliche Situation existiert in Indien und anderen asiatischen Staaten.

Viele der von mir vor Jahren vorgeschlagenen Infrastrukturprojekte in Eurasien werden inzwischen von den verschiedenen Regierungen verwirklicht, die längst erkannt haben, daß diese Kooperation nicht nur im beidseitigen wirtschaftlichen Interesse ist, sondern daß in dem gemeinsamen wirtschaftlichen Vorteil auch eine Friedensperspektive liegt. Was ich aber über die jetzt schon stattfindende bilaterale Kooperation von Nationen hinaus vorschlage, ist ein Abkommen über ein auf 50 Jahre konzipiertes gesamteurasisches Entwicklungsprogramm, das von allen beteiligten souveränen Regierungen durch ein multilaterales Vertragswerk beschlossen wird. Ziel eines solchen Abkommens ist es, Unterschiede des Entwicklungsstandes zwischen den verschiedenen Ländern langfristig durch multilaterale Kooperation auszugleichen. Werde ich zur Bundeskanzlerin gewählt, werde ich umge-

hend ein solches Programm auf die internationale Tagesordnung setzen. Ich weiß schon jetzt, daß die absolute Mehrheit der Nationen dieser Welt froh wäre, wenn eine solche Initiative von Deutschland ausginge.

Es ist einfach nur Zweckpropaganda der globalen Finanzinteressen, wenn sie immer wieder behaupten, daß es zur Globalisierung keine Alternative gäbe. Bei der Kooperation zwischen *souveränen* Regierungen beim Ausbau der Eurasischen Landbrücke – die dann auch nach Afrika und die Amerikas ausgedehnt werden soll – geht es konkret um die Verwirklichung einer gerechten neuen Weltwirtschaftsordnung, die allen Nationen dieser Erde das Recht auf Entwicklung und allen Menschen ein menschenwürdiges Leben garantieren soll. Dabei ist die infrastrukturelle Erschließung der Nationen und Kontinente genauso die Voraussetzung für landwirtschaftliche und industrielle Entwicklung, wie das bei der Industrialisierung Deutschlands im 19. Jahrhundert der Fall war.

Wir brauchen eine mutige Vision für die Zukunft der Menschheit, wenn wir aus der gegenwärtigen globalen Systemkrise herauskommen wollen. Es geht dabei um die Frage des Menschenbildes, und es geht auch um die Frage, ob wir als kognitive Wesen in der Lage sind, uns eine politische und wirtschaftliche Ordnung zu geben, die der Würde des Menschen entspricht. Wir müssen von der Liebe zur Menschheit erfüllt sein, damit dieses Ideal verwirklicht wird.

## Für eine kulturelle Renaissance

Da wir mit der Weimarer Klassik schon einmal bewiesen haben, daß unsere Kultur auf der Grundlage eines humanistischen kulturoptimistischen Menschenbildes große klassische Kunstwerke schaffen kann, die dann die Weltkultur bereichert haben, gibt es keinen Grund, warum wir nicht wieder eine Renaissance der klassischen Kultur hervorbringen können. Genau wie Italien es geschafft hat, aus dem finsternen Zeitalter des 14. Jahrhunderts herauszukommen, indem es zunächst den Geist des klassischen Griechenland neu belebte und daraus dann die Goldene Renaissance des 15. Jahrhunderts schuf, können wir heute das gleiche tun. Wir müssen nur die großen Dichter, Denker und Entdecker der letzten zweieinhalbtausend Jahre in den Köpfen von Jung und Alt wieder lebendig machen.

Natürlich spricht der Zeitgeist gegen eine solche Idee. Aber wir wären schließlich nicht in der anfangs erwähnten existentiellen Krise, wenn der Zeitgeist in Ordnung wäre. Natürlich scheinen heute Egoismus, Korruption, moralische Indifferenz und Vergnügen an banaler Unterhaltung zu dominieren. Aber vielleicht bietet die jetzt offensichtlich werdende Krise auch die Gelegenheit, zu hinterfragen, wieso der Zeitgeist auf ein solch verkommenes Niveau herabsinken konnte und wieso wir uns so weit von den hohen Idealen Schillers oder Beethovens haben entfernen können.

Auch wenn sicherlich die politischen Ereignisse des 19. und 20. Jahrhunderts zu vielerlei Attacken auf den hohen Standard der Klassik geführt haben, der wirklich systematische Angriff auf die Klassik wurde erst nach dem Zweiten Weltkrieg von der Frankfurter Schule und dem Congress for Cultural Freedom (CCF) geführt. Der CCF setzte es sich als Organ der kulturellen Kriegsführung im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion zur Aufgabe, die Bevölkerung von

# Das Stabilitätsgesetz von 1967

Das „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ vom 8. Juni 1967 ist eines der Gesetze, auf die in den wichtigen Grundgesetzartikeln 109 und 115 verwiesen wird. **Art. 109 GG** sieht besondere Maßnahmen „zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“ vor. **Art. 115 GG** setzt den Rahmen für die Kreditbeschaffung des Bundes: „Die Einnahmen aus Krediten dürfen die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten. Ausnahmen sind nur zulässig zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Das Nähere wird durch Bundesgesetz geregelt.“

Im rot-grünen Haushalt überschreiten die Ausgaben für Schuldenausgleich die Ausgaben für Investitionen. Auf diesen verfassungswidrigen Umstand gibt es grundsätzlich zwei mögliche Reaktionen, von denen aber nur eine funktioniert: Die Neokonservativen fordern den radikalen Abbau der Neuverschuldung durch drastische Einsparungen vor allem in den Bereichen Gesundheit, Arbeit und Soziales. Das funktioniert nicht, denn die Zerschlagung der Sozialsystems und erhebliche Senkung der Realeinkommen führt auch zu weiteren Steuerausfällen. Die Haushaltskrise verschlimmert sich, es kommt zu einer wirtschaftlichen Abwärtsspirale.

Die zweite, von den Neocons bewußt unterschlagene Alternative ist das **Stabilitätsgesetz von 1967**. Auf dem Höhepunkt der damaligen Rezession (mit damals 420 000 Arbeitslosen) von der im Dezember 1966 gebildeten Großen Koalition im Juni 1967 erlassen, gibt das Gesetz der Regierung Vollmachten zu besonderer Konjunktur- und Arbeitsmarktförderung. Zur Wiederherstellung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts ist auch eine **besondere Kreditaufnahme** vorgesehen, damit die öffentliche Hand „zusätzliche Ausga-

ben“ über die laufenden Haushaltsmittel hinaus tätigen kann, und zwar vor allem für **„besonders bedeutsame Investitionen der Länder und Gemeinden“**.

Der Finanzminister wurde ermächtigt, zusätzliche Kredite in Höhe bis zu 5 Mrd. DM pro Haushaltsjahr aufzunehmen. Die Regierung schuf bis 1970 unter Einsatz von insgesamt 8 Mrd. DM an Sonderkrediten 320 000 Arbeitsplätze und senkte so Arbeitslosigkeit um 75%.

Das Gesetz sieht vor, „die Planung geeigneter Investitionsvorhaben so zu beschleunigen, daß mit ihrer Durchführung kurzfristig begonnen werden kann“, wobei der Schwerpunkt dieser Vorhaben in folgenden drei Bereichen liegen soll:

- 1) „Erhaltung von Betrieben oder Wirtschaftszweigen“;
- 2) „Anpassung von Betrieben oder Wirtschaftszweigen an neue Bedingungen“;
- 3) „Förderung des Produktivitätsfortschritts und des Wachstums von Betrieben oder Wirtschaftszweigen, insbesondere durch Entwicklung neuer Produktionsmethoden und -richtungen“.

Um sicherzustellen, daß die Sonderkredite auch wirklich in produktive Investitionen fließen, sieht das Gesetz drastische Eingriffe des Staates in die Kreditvergabe vor. Demnach kann „zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“ die gesamte Kreditaufnahme der öffentlichen Hand beschränkt werden, mit der einen, aber sehr wichtigen Ausnahme: der **„Finanzierung von Investitionsvorhaben“**.

Ursprünglich für die Lage von 1967 abgefaßt, müßte das Gesetz für die heutige Wirtschaftsnotlage so angepaßt werden, daß unter Berücksichtigung der sehr viel höheren Arbeitslosigkeit und der fortgeschrittenen Inflation ein wesentlich höherer Betrag für Sonderkredite genehmigt würde. Die BüSo fordert einen Betrag von 200 Mrd. Euro.

der klassischen Kunst abzutrennen, und stattdessen Irrationalität und Existentialismus in modernistischen Kunstformen in den Dienst des „*American Way of Life*“ zu stellen. Dieser Kriegführung haben wir nicht zuletzt das Regietheater und damit die Tatsache zu verdanken, daß es in Deutschland seit Jahrzehnten keine werkgetreuen klassischen Theateraufführungen und seit einiger Zeit auch kaum mehr unverhunzte Opernaufführungen gibt.

Die Brandtsche Bildungsreform der siebziger Jahre, die den „Bildungsballast“ von 2500 Jahren europäischer Geschichte bewußt aus dem Fenster warf, tat das ihrige, um dafür zu sorgen, daß die Schüler seitdem kaum mehr die Namen der Klassiker kennen, geschweige denn ihre Werke. Die schockierenden Ergebnisse der sogenannten PISA-Studien kamen so überraschend nicht, denn die Mittelmäßigkeit war in dieses Schulkonzept mit eingebaut. Wenn man eine Generation nach der anderen von den geistigen Wurzeln ihrer eigenen Kultur abschneidet, ist es kein Wunder, wenn das Resultat ein mageres ist. Es ist ein gewisses Glück, daß die Menschen in den neuen Bundesländern eine sehr viel bessere Ausbildung in der klassischen Kultur

erhalten haben und erst nach 1989 von diesen negativen Einflüssen erfaßt wurden.

Lassen Sie uns jetzt die von den allermeisten Menschen als existentiell empfundene Krise zum Anlaß nehmen, uns wieder den Schätzen der klassischen Kultur zuzuwenden, in denen wir genau die Methode des Denkens finden, die wir heute brauchen, um die Krise zu meistern. „Platon veraltet? Bach unmodern? Schiller verstaubt?“ Keineswegs! Die Jugendlichen der LaRouche-Jugendbewegung und der BüSo werden Ihnen in diesem Wahlkampf mit großer Wahrscheinlichkeit begegnen, und Sie werden einen lebendigen Eindruck davon bekommen, daß es heute sehr wohl Jugendliche gibt, welche sich die besten Ideen der Universalgeschichte in Wissenschaft und Kunst zu eigen machen, damit daraus eine neue Renaissance erwächst. Als Bundeskanzlerin würde ich nicht nur die Weichen für ein neues Wirtschaftswunder stellen, sondern die Menschen in unserem Land zu einer Renaissance der klassischen Kultur inspirieren. Trotz aller Erfahrungen der letzten Zeit: Schenken Sie mir Ihr Vertrauen. Ich weiß, was zu tun ist.

**Ihre Helga Zepp-LaRouche**

# Deutschland braucht zehn Millionen neue Arbeitsplätze

Die Unterbeschäftigung in Deutschland hat längst Depressionsausmaße erreicht. Im Juli 2005 waren offiziell 4,77 Mio. Erwerbspersonen arbeitslos gemeldet. Deutlich mehr als ein Drittel dieser Menschen (1,82 Mio.) sind länger als zwölf Monate ohne Arbeit. Aber auch diese Zahlen beschönigen die tatsächliche Lage. So beziffert die Bundesagentur für Arbeit die Gesamtzahl der „Arbeitsuchenden“ im Juli 2005 auf 6,75 Millionen. Knapp 2 Mio. Erwerbspersonen werden gegenwärtig, mit wenig Hoffnung auf einen späteren Vollzeitjob, durch die verschiedensten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen geschleust und fallen einsteilen aus der Arbeitslosenstatistik heraus. Hinzu kommt die „Stille Reserve“, das sind Personen im erwerbsfähigen Alter, die unter den jetzigen Bedingungen die Arbeitssuche aufgegeben haben. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) schätzt ihre Zahl auf aktuell 1,73 Millionen. Damit erhält man bereits einen Fehlbestand an Arbeitsplätzen in Höhe von 8,48 Millionen. In den Wintermonaten war hier zwischenzeitlich schon die Neun-Millionen-Marke überschritten worden.

Auch damit ist das tatsächliche Niveau der Unterbeschäftigung in Deutschland noch nicht vollständig beschrieben. Denn Arbeit zu haben, bedeutet heute noch lange nicht, vollzeitbeschäftigt zu sein. Nach IAB-Angaben ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitjobs zwischen 1991 und 2004 um ein Fünftel bzw. 6 Mio. zurückgegangen. Dieser Schwund ist die entscheidende Ursache für die Schiefelage unserer Sozialversicherungssysteme. Im gleichen Zeitraum verdoppelte sich die Zahl der Teilzeitarbeitsplätze auf knapp 11 Millionen. Besonders rasant wächst die „geringfügige Beschäftigung“, Teilzeit mit eingeschränkter Sozialversicherungspflicht. Nach offiziellen Umfragen begnügen sich deutlich mehr als eine Million Teilzeitbeschäftigte nur deswegen mit ihrer Lage, weil sie im Moment keine Aussicht auf Vollzeitbeschäftigung sehen. Fazit: In Deutschland fehlen 10 Mio. Arbeitsplätze!

## Einbruch bei den Investitionen

Arbeitsplätze entstehen unmittelbar, wenn Unternehmen, in der Erwartung steigender Nachfrage nach ihren Produkten, ihre Kapazitäten ausweiten. Arbeitsplätze entstehen auch, wenn Unternehmen ihre Ausrüstungen modernisieren und dadurch Aufträge an andere Unternehmen erteilen. In gleicher Weise bewirken Kommunen oder private Haushalte die Schaffung von Arbeitsplätzen, wenn sie die öffentliche Infrastruktur in Schuß bringen oder Häuser bauen. In allen Fällen sind Investitionen im Spiel: der Einsatz von Gewinnen, Ersparnissen oder Steuereinnahmen, nicht für den sofortigen Konsum, sondern für die dauerhafte Ausweitung des Sachkapitals der Volkswirtschaft. Umfang und Qualität dieses Sachkapitals haben wiederum einen entscheidenden Einfluß auf die Produktivität, und damit auch den Lebensstandard, der Arbeitskraft.

Genau hier liegt das Problem der deutschen Wirtschaft. Sie leidet an einer lang anhaltenden Schrumpfung der pri-

vaten und öffentlichen Investitionen. In den letzten Jahren hat sich das Tempo dieses Schrumpfungsprozesses rapide beschleunigt. Mit Konjunkturzyklen hat dies nichts zu tun. Eine direkte Auswirkung dieser systemischen Investitionsschwäche ist die vorherrschende Massenarbeitslosigkeit.

## Arbeitslosigkeit Juli 2005, Ausgewählte Berufsgruppen

Quelle : Bundesagentur für Arbeit

### Metalle:

	D	West	Ost
Metallerzeuger, Walzer	2674	1970	704
Former, Formgießer	4799	3647	1152
Metallverformer (spanlos)	8500	6286	2214
Metallverformer (spanend)	24662	17125	7537
Metalloberflächenbearbeiter	4150	3167	983
Metallverbinder	19844	14997	4847
Schmiede	9988	6180	3808
Feinblechner, Installateure	54714	30626	24088
Schlosser	89406	58027	31379
Mechaniker	69005	46767	22238
Werkzeugmacher	5924	4607	1317
Metallfeinbauer, verw. Berufe	13966	10359	3607
Montierer und Metallberufe	124606	106295	18311
Gesamt	432238	310053	122185

### Bausektor, incl. Bauhandwerk:

	D	West	Ost
Maurer, Betonbauer	107359	45757	61602
Zimmerer, Dachdecker, Gerüstbauer	47684	25597	22087
Straßen-, Tiefbauer	36808	16586	20222
Bauhilfsarbeiter	59377	29300	30077
Bauausstatter	53937	27665	26272
Raumausstatter, Polsterer	11988	7708	4280
Tischler, Modellbauer	67457	42547	24910
Maler, verw. Berufe	85714	49779	35935
Gesamt	470324	244939	225385

### Techniker, Naturwissenschaftler

	D	West	Ost
Ingenieure	59553	32993	26560
Chemiker, Physiker ...	8663	5777	2886
Techniker	50315	35184	15131
Technische Sonderfachkräfte	36127	23095	13032
Gesamt	154658	97049	57609

### Infrastrukturelle Dienstleistungen:

	D	West	Ost
Landverkehr	148247	99129	49118
Wasser- und Luftverkehr	2486	1836	650
Nachrichtenverkehr <sup>29064</sup>	18460	10604	
Gesamt	179797	119425	60372

### Andere wichtige Dienstleistungen:

	D	West	Ost
Ärzte, Apotheker	10031	7824	2207
Übrige Gesundheitsdienstberufe	116305	86207	30098
Lehrer	30289	20446	9843
Geistes- und naturw. Berufe	51911	34562	17349
Gesamt	208536	149039	59497



Foto: Klaus-Dieter Häge

Der Transrapid auf der Hannover Messe 2005. Eigentlich mehr als ein schönes Ausstellungsstück, denn bei unserem Verkehrsaufkommen ist diese Technologie längst überfällig.

allein der Rückstand an kommunalen Infrastrukturinvestitionen auf 475 Mrd. Euro in den alten Bundesländern und weitere 211 Mrd. Euro in den neuen Bundesländern, zusammen also 686 Mrd. Euro.

Bei den Bundesverkehrswegen, Stromnetzen und weiteren Infrastruktureinrichtungen des Staates beläuft sich der Nachholbedarf des Bundes an Infrastrukturinvestitionen auf 300 Mrd. Euro.

Insgesamt kommt man für Deutschland auf einen Nachholbedarf an Infrastrukturinvestitionen in Höhe von rund einer Billion Euro.

Auf gesamteuropäischer Ebene liegen die Pläne für einen umfassenden Infrastrukturausbau bereits auf den Schreibtischen der Ministerien. Zwar wurde der „Tremonti-Plan“ weitgehend sabotiert. Aber bei entsprechendem politischen Willen könnte unverzüglich gehandelt werden. Immerhin haben sich die Verkehrsminister von 27 west- und osteuropäischen Staaten auf 18 neue grenzüberschreitende Verkehrsprojekte geeinigt, die wegen ihrer herausragenden Bedeutung für die europäische Wirtschaft vorrangig in Angriff genommen werden sollen. Die Umsetzung dieser Prioritätsprojekte bedeutet europaweit Investitionen in Höhe von 235 Mrd. Euro. Nur dann, wenn die Hauptverkehrsadern zwischen den Mitgliedsländern der Europäischen Union in Schuß gebracht und ihre Lücken geschlossen werden, ist ein wirtschaftlich starkes Europa überhaupt vorstellbar.

Zum Vergleich: Im Jahre 1970, also längst außerhalb der Phase des Nachkriegswiederaufbaus, betrug der Anteil der Bruttoinvestitionen an der gesamten wirtschaftlichen Aktivität (Bruttoinlandsprodukt) Deutschlands noch 28%. Bis zum Beginn der achtziger Jahre erfolgte dann ein Rückgang dieser Quote auf leicht oberhalb von 20%. Im Jahre 1991, nach der Wiedervereinigung, wurde der Investitionsanteil kurzfristig auf 24% erhöht. Aber seither ist er beständig geschrumpft und hat nun die Marke von 18% unterschritten.

### **400 Mrd. DM pro Jahr zusätzlich investieren!**

Die BüSo schlägt die Einrichtung eines Rates für Physische Wirtschaft vor, der Bundesregierung und Bundestag bei der neuen Wirtschaftspolitik beraten kann.

Eine Investitionsoffensive, mit Blick auf den dramatisch steigenden Bedarf an deutschen Exportgütern beim Aufbau der Eurasischen Landbrücke, ist der Schlüssel zum Erfolg. Ziel dieser Offensive muß es sein, den Anteil der Investitionen zumindest wieder auf den Stand des Jahres 1970 hochzuschrauben. In absoluten Zahlen bedeutet dies: die Ausweitung der privaten und öffentlichen Investitionen von gegenwärtig knapp 400 Mrd. Euro auf rund 600 Mrd. Euro pro Jahr, also in neuer (alter) Währung die Ankurbelung von zusätzlich 400 Mrd. DM pro Jahr an Investitionen.

Zu den schnellsten Methoden, neue Arbeitsplätze zu schaffen, zählen Bauinvestitionen. Am Anfang der Mobilisierung wird es daher besonders darauf ankommen, zunächst mit staatlichen Infrastrukturprogrammen der gesamten Wirtschaft einen Schub zu verleihen und dadurch in der Folge private Investitionen anzustoßen. Beispielsweise könnten sich Bund, Länder und Gemeinden unter Anwendung unkonventioneller Kreditmechanismen zunächst mit 100 Mrd. Euro pro Jahr an Infrastrukturinvestitionen ins Zeug legen. Dadurch würden schon während der Bauphase etwa 2,5 Mio. Arbeitsplätze geschaffen.

An konkreten Projekten mangelt es nicht. Schließlich ist aufgrund der langjährigen Investitionsschwäche ein riesiger Rückstand gerade bei der Infrastruktur aufgelaufen. Dieser muß schleunigst behoben werden. Nach Angaben des Deutschen Instituts für Urbanistik (DIFU) beläuft sich

### **„Investitionsstau“ bei der öffentlichen Infrastruktur (in Mrd. Euro)**

Strom-, Gas-, Fernwärmeversorgung	42
Wasserversorgung, Umweltschutz	125
Straßen, Öffentlicher Nahverkehr	179
Schulen, Sportstätten, Kindergärten, Krankenhäuser	129
Kommunale Verwaltungsgebäude	19
Kommunale Telekommunikation	5
Kommunaler Wohnungsbau	48
Sonstige kommunale Investitionen	103
Kommunaler Grunderwerb für Infrastrukturausbau	37
<b>Kommunaler Investitionsrückstand</b>	<b>687 Mrd. Euro</b>
<b>Nachholbedarf bei Infrastrukturinvestitionen des Bundes</b>	<b>ca. 300 Mrd. Euro</b>

### Bei den 18 neuen Prioritätsprojekten handelt es sich um:

- Galileo: Die Schaffung eines eigenständigen, zivilen Radionavigationssystems.
- Beseitigung von Engpässen auf Rhein, Main und Donau.
- Die Schaffung von „Hochgeschwindigkeits“-Seewegen in der Ostsee, der Nordsee, entlang der europäischen Atlantikküsten, im Mittelmeer und im Schwarzen Meer.
- Eisenbahnverbindung Lyon-Triest/Koper-Ljubljana-Budapest.
- Eisenbahnverbindung Berlin-Verona-Neapel/Mailand-Bologna, einschließlich Brenntunnel.
- Eisenbahnverbindung griechisch-bulgarische Grenze-Sofia-Budapest-Wien-Prag-Nürnberg.
- Hochgeschwindigkeitsbahnstrecken Südwest zur besseren Anbindung des Wirtschaftsraums jenseits der Pyrenäen.
- Eisenbahnverbindung Danzig-Warschau-Brünn/Zilina zur Schaffung einer alternativen Nord-Süd-Verkehrsachse in Europa.
- Eisenbahnverbindung Lyon/Genua-Basel-Duisburg-Rotterdam/Antwerpen.
- Eisenbahnverbindung Paris-Straßburg-Stuttgart-Wien-Bratislava.
- Integration des iberischen Hochgeschwindigkeitsbahnnetzes.
- Ausbau der Verkehrsverbindungen zwischen Irland, Großbritannien und dem europäischen Kontinent.
- Straßen-/Eisenbahnbrücke über die Straße von Messina.
- Feste Fehmarnbelt-Querung Straße/Schiene.
- Nordisches Dreieck: Straßen- und Bahnprojekten durch Finnland bis zur russischen Grenze.
- Multimodale Verbindung zwischen Portugal/Spanien und dem restlichen Europa.
- Autobahn griechisch-bulgarische Grenze-Sofia-Nadlac (Budapest) / (Constanta).
- Autobahn Danzig-Kattowitz-Brünn/Zilina-Wien .

### Private Investitionen anstoßen

Der durch die öffentliche Infrastruktur ausgelöste Investitionsboom zieht sofort ein dramatisch ansteigendes Auftragsvolumen im privaten Unternehmenssektor nach sich. Diese Unternehmen müssen nun ihrerseits investieren, um bei der allgemeinen Wirtschaftsbelebung mithalten zu können. Nimmt man die Kapazitätsauslastung von rund 85% im Verarbeitenden Gewerbe als Richtschnur, dann können im Rahmen der bestehenden Kapazitäten unverzüglich rund eine Million neue Industriearbeitsplätze geschaffen werden.

Das Hauptaugenmerk bei der Mobilisierung zur Vollbeschäftigung muß auf dem Industriesektor liegen. Mindestens 5 Mio. der neuen Arbeitsplätze sollten daher auf den Industriesektor entfallen. Die übrigen Arbeitsplätze werden dann in der Folge zwanglos im Verkehrsbereich, im Handel und anderen Dienstleistungsbranchen entstehen. Die Sanierung der Staatskassen durch die nun wieder sprudelnden Steuerquellen würde natürlich auch den Personalmangel in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Wissenschaft überwinden helfen.

Im Verarbeitenden Gewerbe liegt die Kapitalintensität heute bei rund 120 000 Euro. Demnach wären allein hier

rund 600 Mrd. Euro an Investitionen in neue Anlagen notwendig, um dauerhaft 5 Mio. zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Davon entfielen 400 Mrd. Euro auf Ausrüstungen und 200 Mrd. Euro auf Bauten. Insgesamt erfordert Vollbeschäftigung eine Erhöhung des Kapitalstocks der deutschen Unternehmen um mehr als eine Billion Euro, während der Staat zugleich seinen etwa ebenso hohen Nachholbedarf bei der Infrastruktur abbaut. Durch eine Ausweitung der Investitionen um 200 Mrd. Euro pro Jahr, zunächst angeschoben von staatlichen Infrastrukturprojekten, dann in steigendem Maße begleitet von privaten Erweiterungsinvestitionen, ließe sich dieses Ziel binnen eines Jahrzehnts erreichen.

### Mit produktiver Kreditschöpfung zur Vollbeschäftigung

Die systemische Natur der heutigen Krise erfordert den Einsatz unkonventioneller Wirtschafts- und Finanzmetho-

### Sofortprogramm für 2006

– Eine Beispielrechnung in DM –

1. Ausgabe von 200 Mrd. DM an Bundesbankkredit für ausgewählte **öffentliche Infrastruktur- und Technologieprojekte**:
  - 100 Mrd. DM für Investitionen in den Nahverkehr (Cargo-Cap u.a.), Energie- und Wasserversorgung, Schulen, Krankenhäuser und sonstige kommunale Infrastruktur
  - 20 Mrd. DM für ein deutsches Transrapidnetz
  - 20 Mrd. DM für Erhalt und Ausbau der Bundesverkehrswege
  - 20 Mrd. DM für deutsche Teilstrecken der transeuropäischen Netze
  - 20 Mrd. DM für den Bau „inhärent sicherer“ Kernkraftwerke (HTR) und Entwicklung der Kernfusion
  - 10 Mrd. DM für Raumfahrtprojekte mit dem Ziel der Marsbesiedlung
  - 10 Mrd. DM für die „Biologische Verteidigungsinitiative“.
2. Mobilisierung von 200 Mrd. DM an privatem Kapital unter Federführung der KfW zur Überwindung der Kreditklemme bei den privaten Unternehmen, insbesondere im Mittelstand. Damit Einleitung einer privaten Investitionsoffensive in den Folgejahren.

### Ergebnis am Jahresende 2006:

- 2,5 Millionen Arbeitsplätze sind geschaffen worden, 1 Million im Baugewerbe und 1,5 Millionen in anderen Sektoren.
- Rund 100 Mrd. DM an zusätzlichen Steuereinnahmen bzw. geringeren Sozialausgaben. Dieser Betrag deckt bereits die Hälfte der Infrastrukturinvestitionen für 2007.
- Das gesamtwirtschaftliche Sachkapital ist um mindestens 200 Mrd. DM gewachsen.
- Die Produktivität der deutschen Wirtschaft ist dramatisch gestiegen.

den, eine die gesamte finanzielle, monetäre und realwirtschaftliche Sphäre erfassende Mobilisierung. Hierzu gehört die Festlegung auf nationale und internationale Großprojekte in Infrastruktur (Eurasische Landbrücke, Transrapid-Netzwerke, fortschrittliche Nahverkehrssysteme wie CargoCap) und Technologie (Marsprogramm, Kernfusion, eine biologische Verteidigungsinitiative zur Überwindung heute unheilbarer Krankheiten, neuartige Werkstoffe), welche die Auftragslage der Unternehmen und die Produktivität der Gesamtwirtschaft auf dramatische Art verbessern.

Eine wichtige Rolle spielen zudem neue Kreditmechanismen, mit denen sich die finanziellen Mittel für die benötigten Investitionen generieren lassen. Um dafür Handlungsfreiheit zu gewinnen, muß Deutschland sofort aus dem Euro-Verbund austreten. Die Befreiung von den Maastrichter Fesseln und die Rückkehr zur nationalen Währung sind Voraussetzungen, um die Herausforderungen zu meistern.

Als Kreditgeber letzter Instanz, diesmal nicht zur Rettung von Finanzblasen, sondern zur Schaffung langfristig wirksamen Sachkapitals, ist dann auch die Bundesbank in den Aufbauprozess eingebunden. Eine derartige Rolle wurde der Bundesbank unter besonderen Bedingungen bereits im Stabilitätsgesetz von 1967 eingeräumt. Mit kleinen Änderungen im Bundesbankgesetz kann sie verpflichtet werden, für eine eng begrenzte Klasse von produktivitätssteigernden Investitionen, solchen in Infrastruktur und Technologie, nötigenfalls auch im großen Stile mit Notenbankkrediten einzuspringen.

Im Gegensatz zur heutigen Praxis von Zentralbanken, die Finanzmärkte mit immer mehr Liquidität zu beglücken, welche dann zum Teil in Immobilienmärkte und Rohstoffbörsen abfließt, wirken solche Kredite nicht inflationär, da sie die Produktion realwirtschaftlicher Güter fördern. Gerade in der Startphase des Aufbauprogramms wird man auf Notenbankkredite nicht verzichten können. Es könnte sich beispielsweise um zinslose Kredite mit unbe-

grenzter Laufzeit handeln, die projektgebunden an die Regierung vergeben werden.

Für die Finanzierung von Infrastrukturprojekten und zur Kreditversorgung des Mittelstandes steht daneben die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) bereit. Durch eine einmalige Kapitalerhöhung könnte sie ihr Kreditvolumen drastisch ausweiten. Sie refinanziert diese Kredite teilweise durch die Emission von Anleihen. Dies bringt eine weitere nutzbare Quelle für Investitionskredite ins Spiel. Denn ein Problem gibt es in Deutschland überhaupt nicht: einen Mangel an Geldvermögen. Dieses beläuft sich gegenwärtig auf rund 4 Billionen Euro. Im Jahre 2004 betrug die gesamtwirtschaftliche Ersparnis (Haushalte und Unternehmen) 125 Mrd. Euro. Davon wurden aber nur 53 Mrd. Euro für die Erweiterung des Sachkapitals verwendet. Der Rest, 72 Mrd. Euro in einem einzigen Jahr, wurde der Gesamtwirtschaft entzogen und wanderte auf die Finanzmärkte oder ins Ausland. Über die KfW ließe sich ein erheblicher Teil dieser abfließenden Ersparnisse in den realwirtschaftlichen Aufbauprozess einbinden.

Schließlich ist anzumerken, daß sich Investitionen, ganz unabhängig von ihrer langfristigen Wirkung, auch sofort zum Teil selbst finanzieren. So betragen die fiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit, durch höhere Sozialausgaben und niedrigere Einnahmen bei Steuern und Sozialbeiträgen, rund 83 Mrd. Euro pro Jahr. Jeder neugeschaffene Arbeitsplatz entlastet die öffentlichen Haushalte sofort um knapp 20 000 Euro pro Jahr. Andererseits weiß man, daß jede Milliarde Euro an Bauinvestitionen für ein Jahr ein Beschäftigungsvolumen von rund 25 000 Arbeitsplätzen erzeugt. Ungefähr die Hälfte dieser Arbeitsplätze fallen im Bausektor an, die übrigen verteilen sich auf sämtliche Industrie- und Dienstleistungssektoren. Diese neuen Arbeitsplätze entlasten dann den Staat um eine halbe Milliarde Euro. Insgesamt ergibt sich die Faustregel: Die Hälfte der Investitionsausgaben für Infrastrukturprojekte erhält der Staat unverzüglich in Form geringerer Kosten für die Arbeitslosigkeit zurück.

*Lothar Komp*

Mehr über Helga Zepp-LaRouches Wirtschaftspolitik finden Sie im

## BüSo-Dossier „Physische Wirtschaft“

- Die Eurasische Landbrücke als Ausweg aus Deutschlands Existenzkrise, *Helga Zepp-LaRouche*
- Hin zu einem Neuen Bretton Woods, *Lyndon LaRouche*
- Ende der Globalisierung = Rückkehr zur Vollbeschäftigung, *Frank Hahn*
- Erfolgsmodell Kreditanstalt für Wiederaufbau, *Lothar Komp*
- Staatsbanken, öffentliche Banken und ihre eigentlichen Aufgaben, *Karl-Michael Vitt*
- Die Grundlagen einer sinnvollen Energiepolitik, *Dr. Helmut Böttiger*
- Physische Wirtschaft – Die „verbotene Wissenschaft“, *Gabriele Liebig*  
(wird noch erweitert)

**Euro 20 (inkl. Porto und Verpackung). Zu bestellen bei:**

**Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo) · Bundesgeschäftsstelle · Postfach 3366 · 55023 Mainz · Fax: 06131- 237387**

# Was bestimmt den Wert einer Währung?

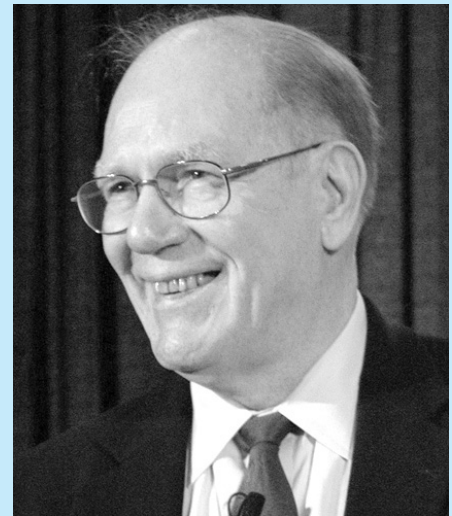
Der amerikanische Politiker und konom **Lyndon LaRouche** beantwortete diese Frage bei einem internationalen Strategieseminar in Berlin im Juni 2005 so:

„Der Wert einer Währung ist kein statistischer Durchschnittswert, der Wert einer Währung ergibt sich aus ihrer Wirkkraft, ausgedrückt durch das Wirtschaftswachstum. Investitionen sind zugleich Investitionen in die Währung. Was ist der wirklich erarbeitete Wertzuwachs einer Währung? Dieser Zuwachs bestimmt den relativen Wert einer Währung. Was bestimmt die Wirkkraft einer Währung? Es muß eine politische Entscheidung auf der Ebene der wichtigen Regierungen sein.

Der Schlüssel ist die Kreditschöpfung! Die USA haben nicht genug Geld, d.h. Kredit, in die Infrastruktur investiert. Wenn ich Präsident wäre, würde ich mit Unterstützung des Kongresses durch die US-Verfassung autorisierten Kredit vergeben, und ich würde diesen Kredit für die Entwicklung grundlegender ökonomischer Infrastrukturprojekte einsetzen, für die Pläne bereits existieren – Wasser-, Energie-, Verkehrsprojekte, Gesundheitsprogramme etc. –, womit wir noch in diesem Jahr die Nettorate des Ausstoßes der US-Wirtschaft in die Gewinnzone bringen könnten! Augenblicklich operieren wir darunter.

Die USA verhalten sich derzeit wie ein bankrottetes ‚Unternehmen‘. Aber eine Nation kann nicht bankrott sein, denn eine Nation hat die Macht, dem bankrotten Zustand durch eine bewußte Entscheidung ein Ende zu setzen. Wenn wir die Entscheidung trafen, das Volumen niedrigverzinsten Kredite bei festen Wechselkursen zu erweitern, dann würde der Dollar, der jetzt in sehr schlechter Verfassung ist, rasch an Wert gewinnen. Der Wert des Dollars wird also bestimmt durch die Wirkung von Entscheidungen, die eine Regierung trifft.“

Auf einer Weltwahrungskonferenz, die ein „Neues Bretton Woods“ beschließen soll, komme es darauf an, den versammelten Ökonomen und Regierungsvertretern zu erläutern, daß die USA sich dazu verpflichten, ihre Realwirtschaft wieder aufzubauen. Und mit den gleichen Methoden könne selbstverständlich auch in Deutschland oder Italien die Wirtschaft wieder angekurbelt und die Massenarbeitslosigkeit überwunden werden. Deutschland habe dazu die Kreditanstalt für Wiederaufbau als erprobte Institution in solchen Fragen zur Verfügung.



Lyndon LaRouche

„Die Methode zu wachsen, basiert auf Schulden. Wir werden die Verschuldung der Welt vergrößern. Aber wir vergrößern sie auf berechenbare Weise, das bedeutet, wir vergeben Kredite mit Laufzeiten von 25-50 Jahren. Wir schaffen Schulden, die innerhalb von 25-50 Jahren zurückgezahlt werden können. Deswegen wollen wir wissen, wo wir stehen, wenn die Zeit kommt, den Kredit zurückzubezahlen. Es darf nicht so enden, daß die Laufzeit des Kredits länger ist als die Lebensdauer der Produkte, die kreditiert werden. Man kann unendlich Kredit vergeben, solange die Nettorate des Wirtschaftswachstums über die Nettosumme des Wachstums der Zahlungsverpflichtungen hinausgeht. Wenn wir die Wirtschaft auf diese Weise über eine Dauer von 25-50 Jahren entwickeln können, dann können wir auch den entsprechenden Kredit schöpfen, der diese Entwicklung ermöglicht. Wenn wir nicht in diesem Maße wachsen können, dann können wir auch keinen Kredit dafür vergeben, das wäre verrückt.

Die Wirkkraft einer Volkswirtschaft, die relative Wirkkraft einer Währung besteht also in der potentiellen Wachstumsrate über den Zeitraum, für den wir rechnen. Ein Kernkraftwerk z.B. hat eine Lebensdauer von 25 oder 35 Jahren, Wasserinfrastruktur von 50 Jahren. Diese langen Zyklen sind die Merkmale der Realwirtschaft. Und wenn wir die realwirtschaftliche Wirkkraft der zukünftigen Entwicklung entsprechend definieren, dann können wir den Wert der Währung relativ zur Wachstumsrate, die wir voraussehen, festlegen. Vorausgesetzt, wir ergreifen eine Politik, die sicherstellt, daß das auch passiert!“



## Rufen Sie uns an:

### BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

Mainz:  
06131/23 73 84

### LANDESVERBÄNDE

NRW:  
0211-733 78 62

Bayern:  
089-725 40 11

Hamburg:  
0171-8384092

Baden-Württemberg.:  
0711-6773726

Niedersachsen:  
0511- 86 83 27

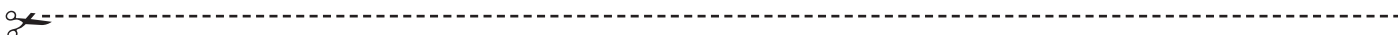
Sachsen  
Dresden: 0351-4278140  
Leipzig: 0341-2305848

Berlin:  
030-802 34 05

# Was können Sie tun?

Nicht deprimieren lassen von Krise und Sozialabbau, sondern selbst aktiv werden für die große Lösung!

- Flugblätter können Sie als PDF-Dateien ausdrucken! Vervielfältigen Sie, was Sie am interessantesten finden, und verteilen Sie es bei Montagsdemos, vor Arbeitsämtern und wo es sonst sinnvoll ist. Schreiben Sie uns Ihre Erfahrungen!
- Lesen Sie im Internet die Wochenzeitung *Neue Solidarität* und verschicken Sie interessante Artikel an Freunde und Bekannte. Dank einer speziellen Funktion geht es ganz schnell.
- Teilen Sie uns mit, welche Leute aus ihrem Bekanntenkreis die *Neue Solidarität* vier Wochen kostenlos bekommen sollten!
- Helfen Sie, den BüSo-Wahlkampf und z.B. die nächste Aktionswoche der europäischen LaRouche-Jugendbewegung (LYM) zu finanzieren! (Spenden an die BüSo sind abzugsfähig. (Kto.-Nr. 1660 27-676, Postbank Ludwigshafen, BLZ 545 100 67)
- Erkundigen Sie sich bei Ihrem BüSo-Büro nach den nächsten Veranstaltungen und bringen Sie viele Leute mit! (siehe nebenstehende Telefonnummern)
- Setzen Sie sich mit Ihrem Bundestags- oder Landtagsabgeordneten in Verbindung und diskutieren Sie mit ihm die Vorschläge der BüSo zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit!



## Werden Sie aktiv, machen Sie mit!

- Ja, ich will *Mitglied der BüSo* werden. Bitte schicken Sie mir die nötigen Unterlagen.
- Ich habe ..... Euro auf das *Spendenkonto* der BüSo (Kto.-Nr. 1660 27-676, Postbank Ludwigshafen, BLZ 545 100 67) überwiesen.
- Ich möchte selbst im Wahlkampf der BüSo aktiv werden: Bitte schicken Sie mir ..... *100-DM-Flugblätter* und/oder ..... *Wahlprogramme*.
- Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung *Neue Solidarität* vier Wochen kostenlos zum Kennenlernen.
- Ich bestelle hiermit das *BüSo-Dossier „Physische Wirtschaft“* (20 Euro incl. Porto)

Vorname, Name \_\_\_\_\_

Straße, Hausnr. \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Telefon / E-Mail \_\_\_\_\_ Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

**Impressum:** Herausgegeben vom Bundesvorstand der Bürgerrechtsbewegung Solidarität, Postfach 3366, 55023 Mainz.  
Verantwortlich für den Inhalt: Hartmut Cramer, Postfach 3366, 55023 Mainz. Druck: Limburger Vereinsdruckerei.

**August 2005**

# Was die BüSo tun will

– in Stichworten –

## ► 10 Millionen Arbeitsplätze schaffen

Vollbeschäftigung ist machbar, wenn wir das Stabilitätsgesetz von 1967 konsequent anwenden. Mit jährlich 200 Mrd. Euro (400 Mrd. DM) öffentlichen Infrastrukturinvestitionen werden private Investitionen in vergleichbarer Höhe angeschoben und in wenigen Jahren 10 Mio. produktive, gut bezahlte Arbeitsplätze geschaffen. Vorbild ist der Wiederaufbau in den 50er Jahren oder F.D. Roosevelts „New Deal“.

## ► Währungshoheit wiederherstellen

Da mit dem Scheitern der EU-Verfassung die EU keine Geschäftsgrundlage mehr hat und die EZB als Notenbank privater Finanzinteressen die notwendige Investitionspolitik in den einzelnen Ländern blockiert, kündigen wir den Maastrichter Vertrag, führen die D-Mark wieder ein und behalten den Euro nur als Verrechnungseinheit.

## ► Infrastruktur erhalten und ausbauen

Unterlassene Investitionen in die Infrastruktur von Kommunen und Bund haben zu einem „Investitionsstau“ von mittlerweile 1000 Mrd. Euro geführt. Jetzt wird nicht nur dieser Rückstand beseitigt, sondern außerdem in neue Projekte wie CargoCap, RailCab und grenzübergreifende Transrapidstrecken investiert.

## ► Produktive Kreditschöpfung

Oberster Kreditgeber in einem souveränen Deutschland ist eine dem Gemeinwohl verpflichtete Bundesbank. Die Landesbanken müssen aus dem Wettbewerb mit den Geschäftsbanken herausgenommen werden, um ihrer ursprünglichen Aufgabe gemäß öffentliche Projekte zu finanzieren. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau soll über langfristige, niedrigverzinsten Infrastrukturanleihen privates Kapital mobilisieren und damit, wie nach dem Krieg, Kredite an mittelständische Unternehmen finanzieren.

## ► LaRouches Neues Bretton Woods

Wir stehen vor dem Systemkollaps der globalisierten Finanzmärkte. Gegen einen chaotischen Zusammenbruch hilft nur eine rechtzeitige Reorganisation des Weltfinanzsystems auf Veranlassung maßgeblicher Regierungen. Eine Gipfelkonferenz ähnlich wie 1944 in Bretton Woods muß Vereinbarungen treffen, die der physischen Wirtschaft Vorrang geben, die Sozialsysteme erhalten, den Kapitalverkehr regeln, die Spekulation unterbinden und einen Großteil der Schulden abschreiben.

## ► Neue Weltwirtschaftsordnung statt „Globalisierung“

Globalisierung ist ein brutaler Mechanismus zur Senkung des Lebensstandards und Zerstörung der Sozialsysteme in den alten Industriestaaten, ohne daß dieses Produktivpotential in den Billiglohnländern entsprechend aufgebaut würde. Die Alternative zu diesem neuen Feudalismus ist die Zusammenarbeit der Nationalstaaten in einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Gegen die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland erheben wir eine Strafsteuer und machen deutsche Sozialstandards zur Pflicht für ausländische Unternehmen in Deutschland und für deutsche Unternehmen im Ausland.

## ► Eurasische Landbrücke als Friedensordnung

Es gibt ein Leben nach Maastricht und dem Scheitern der Europäischen Währungsunion. Die Zukunft Europas liegt in der Zusammenarbeit an der Eurasischen Landbrücke. Das ist nicht nur ein Netz von Transrapidstrecken, Pipelines und Entwicklungskorridoren über den ganzen Doppelkontinent, sondern die Grundlage für eine Friedensordnung im Sinne des Westfälischen Friedens von 1648, in der die Nationen jeweils auch den „Vorteil der anderen“ fördern.

## ► Physische Wirtschaft statt Spekulation

Einrichtung eines Rates für Physische Ökonomie, der die Regierung bei der Auswahl der öffentlichen Investitionsprojekte und optimalen Prioritätensetzung beraten und die Öffentlichkeit darüber aufklären soll. Als Sofortmaßnahme soll eine Spekulationssteuer Transparenz in den Derivatehandel bringen.

## ► Kernkraft statt Windräder

Ausstieg aus der Subventionierung der unrentablen Wind- und Solarenergie, Aufhebung des energieverteuernden Energieeinspeisungsgesetzes. Wiedereinstieg in die Kernenergie, Bau des inhärent sicheren Hochtemperaturreaktors. Mehr Mittel für die Kernfusion und den ITER-Forschungsreaktor.

## ► Paritätspreise für die Landwirtschaft

Kostendeckende Erzeugerpreise sind Grundvoraussetzung auch für den Abbau der Subventionen. Die Nahrungsmittelerzeugung muß weltweit angekurbelt werden, damit eine wachsende Weltbevölkerung ernährt werden kann.

## ► Forschen für die Welt von morgen

Damit die besten Köpfe im Lande bleiben, müssen sie auch etwas zu tun bekommen: Wichtige Zukunftsbereiche: Weltraumforschung, Terraforming, Kernfusion, Nanotechnik, eine „Biologische Verteidigungsinitiative“ zur Erforschung von AIDS und anderen Krankheiten.

## ► Humboldts Bildungswesen zum Vorbild nehmen

Mehr denken, lernen, forschen und erfinden! Schüler sollen in der Schule nicht nur dies und das auswendig lernen, sondern schöpferisches Denken üben, ihre Talente entdecken und eine Idee davon bekommen, was wirkliches Wissen und ein „schöner Charakter“ ist.

## ► Renaissance der klassischen Kultur

Wenn wir die Ideen von großen Menschen wie Platon, Nikolaus von Kues, Leibniz, Mendelssohn, Schiller, Humboldt, Bach, Mozart, Beethoven, Gauß, Riemann und Cantor wieder lebendig werden lassen, können wir wieder zum Volk der Dichter und Denker werden.

## ► Gesundheitswesen vor der Demontage retten

Das einst vorbildliche deutsche Gesundheitswesen muß erhalten bzw. wiederhergestellt werden. Leistungskürzungen bei wachsenden Zuzahlungen sind ein durchsichtiges Manöver, den privaten Versicherern einen „Markt“ zu schaffen. Eine Zweiklassenmedizin, bei der das Einkommen die Lebenserwartung bestimmt, ist mit dem Grundgesetz unvereinbar. Konkret: Nein zu Euthanasie! Schluß mit dem Ruin der Kliniken durch das Sparsystem der Fallpauschalen.

## ► Renten sichern durch Wirtschaftswachstum

Keine Privatisierung der gesetzlichen Rentenversicherung. Beendigung der erzwungenen Frühverrentung. Das akute Defizit in der Rentenkasse wird sofort verschwinden, wenn die Investitionsoffensive Millionen Menschen wieder in Arbeit bringt. Auch das demographische Problem ist lösbar durch eine wachsende Produktivität der Gesamtwirtschaft, die u.a. in höheren Realeinkommen zum Ausdruck kommt.

## ► Hände weg vom Grundgesetz!

Eine Verfassung ist dazu da, gerade in Krisenzeiten Richtschnur und Maßstab der Politik zu sein. Ob Hartz IV, EU-Verfassung oder neue Gesetze, die angeblich der Abwehr des Terrorismus dienen sollen – Verfassungswidriges muß dem Grundgesetz weichen, nicht umgekehrt. Keine Beteiligung an Angriffskriegen, kein Einsatz der Bundeswehr als Polizeiersatz.

# Das Netzwerk der eurasischen Landbrücke



Bering-SträÙe:  
Vorgeschlagener Tunnel  
nach Nordamerika

Oresund:  
Tunnel/Brücke  
im Betrieb

Gibraltar:  
Tunnel/Brücke  
vorgeschlagen

Vorgeschlagener  
Tunnel

Tunnel geplant

Bohai-SträÙe: Tunnel/Brücke geplant

Transrapidstrecke Shanghai - Beijing in Planung

Transrapidstrecke Shanghai - Pudong im Betrieb

Pundong - Hangzhou geplant

Die Strategie der eurasischen Landbrücke sieht vor, das gesamte eurasische Eisenbahnnetz für hohe Geschwindigkeiten auszubauen, die Frachtkapazitäten zu vervielfachen und mit Energie-, Wasser- und Kommunikationssystemen sowie auch mit Magnetbahnen zu "bündeln".

Die damit geschaffenen "Entwicklungskorridore" bilden das Rückgrat eines eurasischen Wirtschaftswunders am Anfang des 21. Jahrhunderts.

Diese vereinfachte Eisenbahnkarte veranschaulicht die Entwicklung der eurasischen Landbrücke. Die Unterscheidung zwischen Hauptlinien und "vorhandenen anderen Bahnstrecken" ist relativ; sie basiert auf einer vorläufigen Bewertung der relativen Bedeutung der verschiedenen Linien im zukünftigen System der eurasischen Infrastrukturkorridore. Bei den gezeigten "vorhandenen anderen Bahnstrecken" werden nicht alle, sondern nur die wichtigeren Strecken gezeigt. Der derzeitige teilweise sehr unterschiedliche Stand der Technik und Nutzung der bestehenden Gleisanlagen ist hier nicht berücksichtigt.

- Die eurasischen Landbrücken
- Geplante/vorgeschlagene Hauptstrecke
- Vorhandene andere Bahnstrecke
- Geplante/vorgeschlagene Bahnstrecke
- Geplanter Wasserkanal
- Staudamm
- Geplante Projekte für Kernenergie
- Transrapid

0 1000 2000 km